

Metronom-Theater – eine geplante Investitionsruine.

(Von E. Noldus.)

Am 2. November sprach ein WAZ-Artikel von einer „neuen Hoffnung“ für das Metronom-Theater und davon, daß die Stadt dessen Abriß dauerhaft verhindern wolle. Der Tenor des Artikels ist geeignet, die Öffentlichkeit planmäßig in die Irre zu führen.

Die Hamburger Stage Entertainment GmbH hatte 15 Jahre lang vergeblich versucht, das Metronom in die Gewinnzone zu führen. Uschi Neuss, die Geschäftsführerin, stellte angesichts des Ausstiegs von „Stage“ fest: „Wir haben alles versucht, aber müssen uns jetzt eingestehen, daß es strukturell nicht möglich ist, das Ruhrgebiet dauerhaft mit Musicals zu bespielen“ (WAZ 29. 10. 2019).

Die Stadt Oberhausen möchte angeblich die Immobilie „Metronom“ vor dem Abriß bewahren und das Hochziehen von Bürogebäuden verhindern. Und der Oberbürgermeister träumt von Oberhausen als der „heimlichen Freizeit- und Festival-Hauptstadt der Region“ (WAZ 1. 11. 2022).

Hierzu ist zunächst einmal festzustellen, daß Oberhausen bereits ein Theater besitzt, welches jährlich mit knapp 10 Mio. € an Steuergeldern bezuschußt wird. Dazu kommen weitere Ausgaben in Millionenhöhe unter verschiedenen Haushaltsposten. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, der Rat gegen die Stimmen der AfD am 26. 9. 2022 ein Förderprogramm für das Stadttheater beschlossen, welches für die Jahre 2022 bis 2025 Gesamtausgaben in Höhe von 8,1 Mio. € vorsieht. In den Vorberatungen war der dürre Hinweis „Klimaschutz“ das einzige Argument für diese Ausgaben gewesen.

Nebenbei gesagt, läuft diese Sanierung parallel zu einem 2021 angestoßenen Programm mit Gesamtausgaben von 3,5 Mio. € bis 2025.

Diese Verschwendung von Steuergeldern wird durch Fehlplanungen namentlich des Kulturbüros wesentlich gefördert. Im Hinblick auf dessen Einfluß muß man wissen, daß der Kulturdezernent Tsalastras (SPD) zugleich auch Stadtkämmerer ist, was dazu führt, daß das hochverschuldete Oberhausen einen überaus reichhaltig subventionierten Kulturbetrieb – mit einem oft zweifelhaften Begriff von „Kultur“ – unterhält.

Die Festlegung des „Metronom“ auf allein künstlerische Nutzungen wird absehbar zu einem Leerstand führen, da das ursprüngliche Unterhaltungskonzept keine Zukunft hat. Holländische Investoren, die an eine Nutzung in Form einer virtuellen Erlebniswelt gedacht hatten, wurden durch von der Stadt gestellte Forderungen in die Flucht getrieben. Spielhallen mit virtueller Realität, sogenannte VR-Arcades, stellen elektronische Geräte zur Verfügung, die Spielern das Eintauchen in künstlich geschaffene Welten realitätsnah erlaubt. Dieser Markt expandiert für Stadtverwaltungen, die sich an Bebauungspläne klammern, viel zu schnell, um davon zu profitieren.

In den Vorberatungen ist niemals von einem Abriß des „Metronom“ als möglichem Szenario die Rede gewesen. Die einzige Sorge der GRÜNEN in der September-Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses war die Möglichkeit einer Dach-Dämmung (das war nicht Bestandteil der sog. Festsetzungsplanung). Und in der Ratssitzung am 26. September wurde über die Vorlage, die nur von der AfD abgelehnt wurde, nicht debattiert.

Die in dem WAZ-Artikel aufgestellten Behauptungen, namentlich die „versuchte Rettung“ und die Träume des Oberbürgermeisters inklusive, sind nicht anders zu bewerten als Fehlinformationen, mit denen die Öffentlichkeit in die Irre geführt werden soll.

Das Metronom wird bewußt als langfristiger Leerstand verplant, bis man die heruntergekommene Immobilie dann mit Förderprogrammen in Millionenhöhe teuer saniert. Dann folgt die Etablierung eines neuen soziokulturellen Zentrums oder eines weiteren Theaterbetriebes. Beides wird dann – wie der gegenwärtige Kulturbetrieb für eine luxusverwöhnte Minderheit und linken Subkulturen andererseits – mit Steuergeldern in Millionenhöhe dauerhaft subventioniert werden. Und der Kulturdezernent wird unter Verweis auf 90prozentige Förderquoten des Landes oder Bundes den beflissenen Ratsmitgliedern beweisen, wie billig alles zu haben ist. Aber am Ende werden die Oberhausener Bürger, wenn auch über Umwege, die Zeche zahlen müssen.